

EUROPA-POLITIK IM BUNDESTAGS- WAHLKAMPF

EIN VERGLEICH DER EUROPAPOLITISCHEN POSITIONEN IN DEN WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

Von Jochen Weichold

Europa-Politik spielt in den Wahlprogrammen aller Parteien, die voraussichtlich im Herbst 2017 in den neuen Bundestag einziehen werden, eine zentrale Rolle und hat sich längst zu einem Querschnittsthema entwickelt, das mit vielen anderen Politikfeldern untrennbar verwoben ist. Dies kann als Indiz dafür genommen werden, dass die europäische Integration so weit fortgeschritten ist, dass viele Probleme auf der kommunalen, der Landes- und der Bundesebene nicht mehr ohne die europäische Ebene zu betrachten und zu lösen sind. Die veränderte Weltlage vor allem nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und der Brexit-Entscheidung des Vereinigten Königreichs zwingen die Parteien dazu, sich mit dem Platz, der Rolle und der Einordnung Deutschlands nicht nur im internationalen, sondern auch im europäischen Rahmen zu befassen.

Sicher spielen Wahlprogramme im Wahlkampf nicht die entscheidende Rolle. Sie geben aber detailliert Auskunft über die Positionen der Parteien gegenüber der Europäischen Union (EU) insgesamt und auf den verschiedenen Teilgebieten. In der vorliegenden Studie werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Positionen zwischen den Parteien CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (*Die Grünen*), FDP und Alternative für Deutschland (AfD) untersucht. Es werden nicht alle, aber wichtige europapolitisch relevante Fragen behandelt. Dazu gehören neben den Fragen der Finalität der EU, ihrer Erweiterung und Vertiefung das Verhältnis von Gesamtentwicklung und einer sich ausdifferenzierenden Entwicklung mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, die Entwicklung ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Sozial- und vor allem Sicherheits- und Außenpolitik. Verglichen werden dabei auch die Positionen zur Nachbarschaftspolitik (insbesondere zur Türkei und zu Russland) und zur Flüchtlingspolitik.

Hinsichtlich der grundsätzlichen Haltung zur EU und zu ihrer Politik zeichnet sich eine klare Spaltung ab: Während die CDU/CSU, die SPD, *Die Grünen* und die FDP in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung sehen und die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte betonen, ist DIE LINKE der Auffassung, die herrschende neoliberale Politik der EU sei durch ihre vertraglichen Grundlagen festgeschrieben und verhindere soziale Gerechtigkeit, weltweiten Frieden und demokratische Teilhabe der Menschen. Sie fordert einen „Neustart“, um eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu ermöglichen.

Die Positionen von FDP und AfD beschreiben die beiden Pole in der EU-Frage: Während die AfD zurück in die Vergangenheit will, die EU nach dem Vorbild der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der 1970er Jahre auf die Binnenmarktfunktion reduzieren möchte und daher auf einen europäischen *Staatenbund* drängt, strebt die FDP eine dezentral und *bundesstaatlich* verfasste Europäische Union an.

1 HALTUNG ZUR EUROPÄISCHEN UNION GENERELL

Die CDU/CSU, die SPD, *Die Grünen* und die FDP bekennen sich zur Europäischen Union und heben vor allem die Rolle des europäischen Integrationsprojektes als Friedensfaktor auf dem in der Vergangenheit durch zwei verheerende Weltkriege zerrissenen Kontinent hervor. Insbesondere SPD, FDP und *Grüne* betonen, dass dieses Projekt zudem mit einem Wohlstandsversprechen verbunden sei, und sie streichen jeweils für sich heraus, sie seien **die** „Europa-Partei“.¹

Die Unionsparteien wollen „ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa. Ein Europa, das imstande ist, seine Interessen zu wahren und sich seiner internationalen Verantwortung zu stellen.“² In einer

zunehmend globalisierten Welt könne kein Land in Europa seine Interessen alleine und ohne Unterstützung durch andere wahren.³ Der SPD geht es neben einem wirtschaftlich dynamischen auch um ein „demokratischeres und sozialeres Europa, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, Verständigung schafft und Zusammenhalt stiftet“⁴. Sie erklärt: „Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!“⁵ *Die Grünen* sind davon überzeugt, dass es ohne ein vereintes Europa „für uns alle weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit in der globalisierten Welt geben“⁶ werde. Daher setzt sich die Partei für eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europa-Politik ein. Es brauche Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt einseitiger Sparpolitik.⁷ *Die Grünen* wollen, „dass sich Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und mehr Verantwortung übernehmen, statt sich abzuschotten“⁸. Sie sind überzeugt: „Nur mit einem solidarischen Europa können wir Mensch und Umwelt besser schützen. Wir brauchen ein vereintes Europa, damit wir Banken und Großkonzerne auf das Gemeinwohl verpflichten und wir dem globalen Kapitalismus wirklich ökologische und soziale Zügel anlegen können, damit die Wirtschaft den Menschen dienen kann.“⁹

Die Positionen der LINKEN zur EU und zu Europa leiten sich aus ihrer radikalen Kapitalismuskritik ab. Die EU wird in ihrer gegenwärtigen Gestalt als ein Europa der Banken und Konzerne beschrieben, das im Kern undemokratisch sei.¹⁰ Die Verträge von Maastricht und Lissabon hätten den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. DIE LINKE kämpft daher für einen „Neustart“ der Europäischen Union.¹¹ Im Spannungsverhältnis zu dieser generell ablehnenden Haltung der heutigen EU findet sich ein ganzer Katalog an Vorschlägen, die positiv an bestehende Institutionen, Einrichtungen und Programme der real existierenden EU anknüpfen und letztlich ohne eine Vertiefung der europäischen Integration nicht durchsetzbar sind (siehe Abschnitt 4.1).

Die AfD betont in ihrem Programm den nationalen Sonderweg in Europa. Nationale Interessen bilden den zentralen Ausgangspunkt für alle Politikbereiche – so auch für die Formulierung europa-, außen- und sicherheitspolitischer Standpunkte. Die AfD lehnt die Europäische Union, die sie als „Lissabon-Europa“ bezeichnet, in ihrer heutigen Form ab. Der Versuch, über die Verträge von Maastricht (1992) und Lissabon (2008) einen „Staatenverbund“ zu schaffen, wie das Bundesverfassungsgericht diese vorbildlose Konstruktion genannt habe, müsse als gescheitert betrachtet werden. Stattdessen würden durch die EU, die den Anspruch erhebe, kontinentaler Staat zu werden, die existierenden demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion eingeschränkt bzw. dauerhaft zerstört. Es gebe weder ein europäisches Staatsvolk, das für ein solches Vorhaben konstitutiv wäre, noch sei erkennbar, dass sich ein solches auf absehbare Zeit herausbilden würde.¹² Die AfD behauptet, die deutschen Bürger seien der Zahlmeister Europas, und plädiert dafür, den Euroraum zu verlassen und perspektivisch wieder eine nationale Währung („Deutsche Mark“) einzuführen.¹³

2 AUSSAGEN ZU DEN URSACHEN DER GEGENWÄRTIGEN KRISE DER EU

Bei CDU/CSU und FDP bleiben die makroökonomischen Ursachen der gegenwärtigen Krise der EU außer Betracht. Sie sehen die Gründe vorrangig in einer Verletzung der europäischen Regeln in der Finanzpolitik und pochen nach wie vor auf deren Einhaltung wie derjenigen des Stabilitätspaktes. Den Unionsparteien fehlt jegliche selbstkritische Sicht auf ihre Politik hinsichtlich der Krisenursachen. Es wird vielmehr konstatiert: „In den letzten Jahren haben einige Länder ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren. Eine immer höhere Staatsverschuldung war die Folge.“¹⁴ Die FDP macht indirekt als Ursache für die gegenwärtige Krise der EU einerseits eine mangelnde Tiefe der europäischen Integration aus, wie aus ihren Vorschlägen zur weiteren Vertiefung dieser Integration deutlich wird (siehe Abschnitt 4.1), und beklagt andererseits eine „massive Reformabstinenz in Europa“¹⁵. Sie wirft den in ökonomische Schieflagen geratenen EU-Mitgliedsstaaten eine Verletzung der Haushaltsdisziplin vor. Die Große Koalition in Deutschland trage eine Mitschuld, da sie mit ihrer Zustimmung zum dritten Hilfspaket für Griechenland die Glaubwürdigkeit der Nichtbeistandsklausel erheblich in Frage gestellt habe. Sie habe Finanzhilfen gebilligt, obwohl die Schuldentragfähigkeit Griechenlands nicht gesichert war.¹⁶ Zudem sei nach Meinung der FDP die „aufsichtsrechtliche Fiktion der Risikolosigkeit der von Euroländern begebenen Anleihen“¹⁷ eine wesentliche Ursache der europäischen Staatsschuldenkrise gewesen.

Dagegen sehen DIE LINKE, *Die Grünen* und indirekt auch die SPD die Ursachen für die heutige tiefgreifende Krise der Europäischen Union in einem von der Bundesregierung immer wieder bestärkten Kurs der Sozialkürzungen, der Austerität, und in den wirtschaftlichen Ungleichgewichten innerhalb der EU, wie sie in den deutschen Exportüberschüssen prägnant zum Ausdruck kommen. Die SPD thematisiert zudem das

Fehlen einer koordinierten Wirtschaftspolitik bzw. einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum. Sie will die exzessiven Ungleichgewichte in der EU überwinden und plädiert für eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik.¹⁸ Die SPD führt die Rückkehr nationaler Gegensätze und Egoismen und den Vormarsch populistischer, anti-europäischer Parteien in Europa darauf zurück, dass im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie infolge der Flüchtlingsbewegungen das Vertrauen in die EU gelitten habe.¹⁹

Die Grünen verlangen einen „Paradigmenwechsel“²⁰, da die Bundesregierung mit einer einseitigen Sparpolitik und ihrer Euro-Politik die Gräben in der EU vertieft habe.²¹ Sie betonen: „Die Große Koalition knausert beim EU-Haushalt, beharrt auf einer einseitigen Sparpolitik, unterstützt falsche Privatisierungen, behindert Schuldenerleichterungen für Griechenland, Eurobonds und öffentliche Investitionen und vertieft damit die Spaltung Europas.“²²

Nach Auffassung der LINKEN habe die neoliberale Politik der Konkurrenz und Austerität zur Massenerwerbslosigkeit geführt und in Südeuropa eine verlorene Generation hervorgebracht. Die soziale Ungleichheit sei gewachsen, und Reichtum und Armut würden explodieren. Die einseitige Exportorientierung vor allem der deutschen Wirtschaft habe zu Deindustrialisierung, Verschuldung und Massenerwerbslosigkeit in weiten Teilen der EU geführt. Insgesamt habe in der EU die Wettbewerbsfähigkeit im Interesse der Profiteure von Banken und Konzernen Vorrang vor den Interessen der Bevölkerung – mit dem Ergebnis, dass das Projekt der europäischen Integration bei den Menschen an Vertrauen verliere.²³ Nach Auffassung der LINKEN nütze die neoliberale Konstruktion des Euro vor allem der deutschen Exportindustrie und internationalen Großkonzernen, während Europa wirtschaftlich und sozial gespalten werde. Ihr Fazit: „Die Politik von Troika, Merkel und Co. zerstört die Gemeinschaftswährung.“²⁴

Die AfD macht auf Geburtsfehler der Euro-Einführung aufmerksam: Der Euro sei für ein Wirtschaftsgebiet mit völlig unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion. „Nach achtzehn Jahren Spannungsaufbau kann die Gemeinschaftswährung nur noch über permanente und weitgehend deutsche Haftungsübernahmen aufrechterhalten werden“²⁵, behauptet die AfD. Dies sei keine Basis für die gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaften der Euroländer. Die Folge sei eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit im Süden Europas.²⁶ Die AfD thematisiert hinsichtlich der Krise der EU jedoch nicht die deutschen Exportüberschüsse als eine der Ursachen.

3 AUSSAGEN ZUM BREXIT

CDU/CSU, SPD, *Grüne* und FDP respektieren (mit mehr oder weniger Bedauern) die Brexit-Entscheidung der britischen Bürger*innen, betonen aber, dass es – so die Unionsparteien – „in unserem Interesse“ liege, „dass wir auch nach dem BREXIT mit Großbritannien intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen. Ziel muss es sein, die negativen Auswirkungen des BREXIT für die Menschen und die Wirtschaft in Grenzen zu halten.“²⁷ Nach Auffassung der LINKEN sei spätestens mit dem Brexit-Referendum in Großbritannien offenbar geworden, dass die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EU ganz real sei. Die unsoziale und undemokratische Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten habe autoritären, rassistischen und nationalistischen Kräften Auftrieb gegeben.²⁸ Dagegen sieht die AfD im Brexit indirekt ein Vorbild für einen eigenen nationalen Sonderweg: Wenn es nicht möglich sei, das bestehende „Lissabon-Europa“ zu einer Organisation von Staaten (Staatenbund) zurückzuführen, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren, sei Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.²⁹

Einig sind sich CDU/CSU, SPD, *Grüne* und FDP darin, dass es bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien kein „Europa à la carte“, kein „Rosinenpicken“ geben könne. Klar ist für die Unionsparteien: „Wer die EU verlässt, kann nicht weiter von allen Vorteilen der Gemeinschaft profitieren.“³⁰ Für die SPD und für *Die Grünen* sind die vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) und der Binnenmarkt untrennbar miteinander verbunden. Für beide Parteien liegt das wichtigste deutsche Interesse in den Verhandlungen in dem Erhalt der europäischen Einigung.³¹ Für *Die Grünen* gehört dazu aber auch, dass Deutschland bereit sein müsse, mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen, um die EU auch nach dem Brexit überhaupt handlungsfähig zu halten.³² Ähnlich wie *Die Grünen* betont die FDP, sollten sich Schottland und Nordirland dazu entschließen, aus dem Vereinigten Königreich auszuscheiden, so sollten ihnen, genauso wie auch Großbritannien, die Türen der EU wieder offenstehen.³³

Die Grünen wollen allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen.³⁴ DIE LINKE verspricht, sich dafür einzusetzen, dass bei den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU *erstens* der Schutz des Rechts auf Arbeitnehmerfreizügigkeit gewahrt bleibe, damit britische Staatsbürger

weiterhin das Recht hätten, in EU-Mitgliedsstaaten zu arbeiten, und gleichzeitig Bürger von Mitgliedsstaaten der EU in Großbritannien arbeiten könnten. *Zweitens* müssten das Bleiberecht britischer Staatsbürger mit Wohnsitz in EU-Mitgliedsstaaten sowie das Bleiberecht von Bürgern aus EU-Mitgliedsstaaten in Großbritannien gewahrt bleiben.³⁵

4 AUSSAGEN ZU AUSWEGEN AUS DER GEGENWÄRTIGEN KRISE DER EU UND ZU IHRER WEITEREN ENTWICKLUNG

Während CDU und CSU im Wesentlichen auf ein „Weiter so“ in ihrer Europa-Politik setzen, an der Austeritätspolitik festhalten und durch die Generierung von Wirtschaftswachstum die gegenwärtige Krise der EU überwinden möchten, wollen die SPD, DIE LINKE und *Die Grünen* die EU sozialer und demokratischer gestalten und plädieren für ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm für eine sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Vor allem DIE LINKE und *Die Grünen* fordern ein Ende der Austeritätspolitik. Während DIE LINKE und *Die Grünen* vorschlagen, die Kreditaufnahme der Euro-Staaten durch eine gemeinsame Haftung abzusichern, Eurobonds auszugeben oder einen neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt einzurichten, lehnen die Unionsparteien, die FDP und die AfD jegliche Form der Vergemeinschaftung von Schulden wie eine Transfer-Union, Eurobonds oder eine europäische Einlagensicherung entschieden ab.

Die Unionsparteien wollen die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone erreichen. Sie seien bereit, mit der neuen französischen Regierung die Euro-Zone schrittweise weiterzuentwickeln, zum Beispiel mit der Schaffung eines eigenen Währungsfonds.³⁶ Die EU habe eine Zuständigkeit für Forschung und Entwicklung, für einen digitalen Binnenmarkt und für die Vollendung der Energie-Union. „Europa hat die Chance, erneut zu einem Wachstumsmotor zu werden. Dafür bedarf es großer Anstrengungen und der Erkenntnis, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum zentral für unseren künftigen Wohlstand ist.“³⁷

In ihrem Bayernplan fordert die CSU, die EU müsse sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren.³⁸ Immer mehr Einzelkompetenzen, neue EU-Institutionen oder Eurobonds seien der falsche Weg. Die CSU unterstreicht: „Beschlossene Regeln müssen von allen Mitgliedsstaaten eingehalten werden. Strikte Haushaltsregeln und wirtschaftliche Strukturreformen sind dabei unerlässlich.“³⁹ Die CSU betont, die Stabilitätskriterien von Maastricht müssten eingehalten werden. Die Antwort auf Stabilitätsünder müssten Sanktionen sein und keine Transfer- oder Schuldenunion. Statt Eurobonds sei finanzpolitische Selbstverantwortung gefordert. „Der Weg in die Erfolgsspur führt über Reformen und Disziplin, nicht über die Sanierung der eigenen Finanzen auf Kosten anderer. Das gilt für Länder mit hohen Schulden ebenso wie für Banken, die sich verspekuliert haben. Der deutsche Steuerzahler darf nicht für finanzielle Verfehlungen anderer Länder aufkommen.“⁴⁰ Notwendig sei ein Bürokratieschnitt, kein Schuldenschnitt.⁴¹

Die SPD will Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen, indem die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents verbessert und die hohe Arbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Westeuropa bekämpft wird. Deshalb plädiert sie für ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm mit Zukunftsinvestitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung und in die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes müssten so weiterentwickelt werden, dass sie übermäßige Verschuldung verringern, aber ausreichende Freiräume für langfristig wirkende Reformen und nachhaltiges Wachstum geben. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegte Flexibilität müsse dazu genutzt werden, dass Mitgliedsstaaten in guten Zeiten solide haushalten, um in Krisen mit einer antizyklischen Politik erfolgreich gegensteuern zu können.⁴² Die SPD will das europäische Wohlstandsversprechen erneuern und einen mutigen Aufbruch für ein selbstbewusstes Europa wagen: „Ein Europa, das die Menschen und ihre Alltagssorgen in den Blick nimmt. Ein Europa, das massiv in Ausbildung, Arbeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz investiert. Ein Europa, in dem große Konzerne faire Steuern zahlen. Ein Europa, das den Nationalismus überwindet, solidarisch handelt und den Menschen Sicherheit gibt.“⁴³

Nach Auffassung der LINKEN könne die tiefe Krise in der EU nur durch einen Politikwechsel in Deutschland und eine andere Wirtschaftspolitik überwunden werden, die mit höheren Löhnen, mit einer Umverteilung des Reichtums, mit öffentlichen Investitionen und mit einem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft verbunden ist.⁴⁴ Es bedürfe also eines „Neustarts“ der Europäischen Union mit grundlegend veränderten EU-Verträgen – solidarisch, friedlich, demokratisch und ökologisch. Soziale Rechte, Tarifverträge und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten müssten Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten der Unter-

nehmen haben.⁴⁵ In allen Mitgliedsstaaten müsse über die neuen Verträge in Volksabstimmungen entschieden werden.⁴⁶ Auch die Währungsunion müsse radikal reformiert werden, oder sie werde mit unabsehbaren Folgen zerbrechen.⁴⁷ DIE LINKE warnt, dass ein Scheitern der EU dem Nationalismus und Rassismus in Europa weiteren massiven Auftrieb geben würde.⁴⁸

DIE LINKE will mit der neoliberalen Wettbewerbspolitik brechen, die Binnennachfrage stärken und die Spekulation zurückdrängen. Sie will die Finanzmärkte entmachten und den europäischen Bankensektor demokratisch kontrollieren. Sie möchte den deindustrialisierten Regionen in der EU alternative Entwicklungsmöglichkeiten geben und fordert daher ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm, das vor allem auf die Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege, Verkehr und Wohnen sowie auf einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft setzt. Zur Finanzierung will sie in allen EU-Staaten eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen über einer Million Euro erheben.⁴⁹ Die Partei möchte eine europäische Schuldenkonferenz einberufen, bei der die Staatsschulden auf ihre Legitimität und Tragbarkeit geprüft und Lösungen gefunden werden, die den am stärksten verschuldeten Ländern einen Ausweg aus der humanitären Katastrophe und den Pfad zu einer nachhaltigen Entwicklung eröffnen. In diesem Kontext setzt sich DIE LINKE für einen Schuldenschnitt für Griechenland ein.⁵⁰

Die Grünen wollen mit einem europäischen Investitionspakt (einer großen europäischen Investitionsoffensive) massiv in die ökologische Modernisierung und in die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen.⁵¹ Die Öko-Partei plädiert für ein starkes sozial-ökologisches Europa und für ein Ende der Austeritätspolitik.⁵² Die Europäische Union werde nach Auffassung der Grünen nur vorankommen, wenn alle Mitgliedsstaaten offen dafür seien, Kompromisse einzugehen. „Deshalb muss Deutschland bereit sein, zum Beispiel bei der Europapolitik und seinen Exportüberschüssen, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Projekten wie Nord Stream 2 oder bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen.“⁵³ Nach Meinung der Grünen müsse der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) reformiert und aufgestockt werden. „Der notwendige Dreiklang von Investitionen, Reformen und haushaltspolitischer Solidität erklingt nur, wenn die Priorität für Investitionen nicht von Austeritätspolitik verunmöglicht wird.“⁵⁴

Die FDP will die Glaubwürdigkeit der im europäischen Recht verankerten Nichtbeistandsklausel stärken. Diese Klausel besage, dass weder die EU noch einzelne Mitglieder für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaates haften müssen. So solle sichergestellt werden, dass die Mitgliedsstaaten die Folgen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik tragen und somit Haushaltsdisziplin wahren.⁵⁵ Die Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung solle ausgeschlossen bleiben. Deshalb dürfe der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht als ständiger Nothelfer missbraucht werden, sondern ESM-Finanzhilfen dürften nur strikt nach den dafür vorgesehenen Regeln vergeben werden. Zudem will die FDP eine Staateninsolvenzordnung für die Eurozone schaffen, damit bei fehlender Schuldentragfähigkeit eine geordnete Schuldenumstrukturierung möglich wird. Die Partei möchte die europäischen Verträge so anpassen, dass Mitgliedsstaaten nach einem geregelten Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren.⁵⁶ Die FDP fordert die Durchsetzung automatischer Sanktionen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union.⁵⁷

Die AfD will offensichtlich zurück zum Nationalstaat der 1970er Jahre (siehe Kapitel 5). Sie wendet sich gegen jegliche Versuche der europäischen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbesondere aus Bankgeschäften. Aus ihrer Sicht wäre die Bankenunion ein weiterer Schritt in die von ihr abgelehnte Haftungs- und Transferunion. Die AfD tritt dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen. Eine grenzüberschreitende Haftung der deutschen Banken für alle anderen EU-Banken müsse ausgeschlossen bleiben.⁵⁸ Die AfD sieht das Schengen-Abkommen als gescheitert an, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben sei. Daher müsse wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden.⁵⁹

4.1 Aussagen zur Frage Vertiefung der europäischen Integration und/oder Erweiterung der EU

Im Unterschied zu den Wahlprogrammen vergangener Jahre wird in keinem der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 der Begriff „Vertiefung der europäischen Integration“ gebraucht. Gleichwohl werden in den Programmen der SPD, der Partei DIE LINKE, der Grünen und der FDP im Sinne einer **Vertiefung der europäischen Integration** Kataloge mit Ideen für konkrete Schritte insbesondere auf dem Feld der Demokratie-Entwicklung und auf wirtschaftspolitischem, auf steuer- und finanzpolitischem und auf sozialpolitischem Gebiet präsentiert. Dagegen lehnt die AfD eine Vertiefung der europäischen Integration ab und will faktisch zurück zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die aus ihrer Sicht ein gelungenes Modell dafür

gewesen sei, wie souveräne Staaten (lediglich) völkerrechtliche Verbindungen eingehen und gemeinsame Interessen als Staatengemeinschaft wahrnehmen könnten.⁶⁰ Die Unionsparteien zeigen sich eher zurückhaltend. Sie beschränken sich darauf, unter der Überschrift „Deutschland und Frankreich als Motor Europas“ die deutsch-französische Freundschaft neu beleben und damit allerdings ganz Europa neuen Schwung verleihen zu wollen. Sie streben an, die Körperschaftsteuer zwischen beiden Ländern anzunähern und zu harmonisieren. Deutschland und Frankreich sollten die Entwicklung von Maschinen mit sogenannter künstlicher Intelligenz gemeinsam angehen und um die internationale Technologieführerschaft kämpfen.⁶¹

Auf dem Feld der **Demokratie-Entwicklung** bedarf eine erneuerte Europäische Union nach Auffassung der SPD mittelfristig einer Überarbeitung des Lissaboner Vertrages. Ziel sei eine europäische Verfassung, die sicherstelle, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden werde.⁶² DIE LINKE möchte die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren.⁶³ Die FDP fordert institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU.⁶⁴ *Die Grünen*, die SPD, DIE LINKE und die FDP möchten das Europäische Parlament (EP) stärken und seine Kompetenzen ausweiten. Insbesondere soll es das Recht zur Gesetzesinitiative erhalten.⁶⁵ Nach den Vorstellungen von SPD, LINKE und *Grünen* soll das Europäische Parlament die Kommission und ihren Präsidenten wählen und abwählen und im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können.⁶⁶ Die SPD, *Die Grünen* und die FDP möchten die Aufstellung gemeinsamer Spitzenkandidat*innen – wie zum ersten Mal bei der Europawahl 2014 geschehen – dauerhaft verankern.⁶⁷ Die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE wollen das Wahlalter bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken.⁶⁸

Nach den Vorstellungen der SPD soll das Europäische Parlament die von ihr angedachte neue Wirtschaftsregierung demokratisch kontrollieren können und das vollständige Budgetrecht erhalten. Um die Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlamentes sicherzustellen und mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen, unterstützt die SPD ein einheitliches europäisches Wahlrecht, das auch Sperrklauseln vorsehen sollte. Die EU-Kommission müsse reformiert und ihr eine solche Struktur gegeben werden, dass sie handlungsfähig und entscheidungsorientiert arbeiten könne.⁶⁹

DIE LINKE will die Grundrechte der EU-Bürger stärken und die Hürden für europäische Bürgerinitiativen senken. Alle EU-Bürger sollen nach ihrem Willen in den EU-Staaten, in denen sie leben, volle bürgerliche Rechte genießen können. Zudem will DIE LINKE EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen. Es müsse der Grundsatz der Subsidiarität gelten, was sicherstellen würde, dass politische Entscheidungen in der EU so bürgernah wie möglich getroffen werden.⁷⁰

Nach Auffassung der *Grünen* müsse das EP die alleinige parlamentarische Vertretung für alle Unionsbürger*innen bleiben. Jegliche Formen von Euro-Nebenparlamenten lehnen *Die Grünen* ab. Das Europäische Parlament soll auch einen Europäischen Währungsfonds kontrollieren, in den *Die Grünen* die aktuellen Euro-Rettungsmechanismen umzuwandeln planen. Um die Rückbindung der Eurogruppe zum Europäischen Parlament zu stärken, schlagen sie vor, den oder die EU-Kommissar*in für Wirtschaft und Währung als nächsten Präsidenten der Eurogruppe zu wählen. „Zur Verbesserung der Transparenz sollte der Minister*innenrat grundsätzlich öffentlich tagen und jede*r soll wissen können, welches Land wie abstimmt.“⁷¹ Nach Meinung der *Grünen* sollen Parteien auch mit transnationalen Listen für das EU-Parlament antreten. Die Öko-Partei möchte die heute existierenden unnötig hohen Hürden für europäische Bürger*inneninitiativen abbauen. Alle Unionsbürger*innen sollten in den Staaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte genießen. Die Unionsbürger*innenschaft sollte perspektivisch zu einer europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt werden.⁷²

Die FDP will das EP zu einem Vollparlament aufwerten, das nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen gewählt werden soll. Die EU-Kommission sollte auf 16 Kommissare mit klaren und einfach zurechenbaren Ressorts verkleinert werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Ferner sollte sich die Kommission im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden können, und Anderes den nationalen Ebenen überlassen. Der Rat der Europäischen Union müsse sich zu einer modernen zweiten Kammer entwickeln.⁷³

Auf **wirtschaftspolitischem Gebiet** setzen die SPD, DIE LINKE, *Die Grünen* und die FDP völlig unterschiedliche Schwerpunkte: Während sich die SPD perspektivisch auf eine europäische Wirtschaftsregierung ausrichtet,⁷⁴ will DIE LINKE unter den gegebenen Bedingungen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern, „die zu einer Verfestigung der neoliberalen EU führen können“⁷⁵. Sie möchte die Staaten auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichten.⁷⁶ *Die Grünen* schlagen einen Green New Deal vor,⁷⁷ und die FDP will die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen und forciert einen europäischen digitalen Binnenmarkt.⁷⁸

Die SPD tritt für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ein. Die EU brauche eine koordinierte Wirtschaftspolitik. Ziel sei es, „die konjunkturellen Entwicklungen der Mitgliedsstaaten Europas besser

aufeinander abzustimmen. Exzessive Ungleichgewichte wollen wir überwinden. Dafür brauchen wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum.“⁷⁹ Diese europäische Wirtschaftsregierung soll sich nach den Vorstellungen der SPD aus den Mitgliedern der Kommission mit entsprechendem Zuständigkeitsbereich zusammensetzen und unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers stehen. Die Wirtschaftsregierung und ihre Mitglieder müssten über das Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Hierzu sollte im Rahmen des Europäischen Parlamentes eine entsprechende Struktur geschaffen werden, die die Aufgabe eines „Eurozonen-Parlamentes“ übernimmt.⁸⁰

DIE LINKE verlangt Mechanismen gegen die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen.⁸¹ Sie möchte die öffentliche Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln: Die EZB solle den Euro-Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt Geld leihen dürfen. „Dabei sollen nicht nur Preisstabilität, sondern auch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Vollbeschäftigung berücksichtigt werden. Die Kreditaufnahme der Staaten, zunächst derjenigen im Euro-Verbund, muss durch eine gemeinsame Haftung abgesichert werden, um zu verhindern, dass mit den Schulden der Länder spekuliert wird und die Verzinsung in nicht mehr bezahlbare Höhen getrieben wird.“⁸² Die EZB müsse zudem unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden.⁸³

Die Grünen schlagen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, um die europäische Wirtschaft sozial und ökologisch zu erneuern: „Wir bringen eine starke Klima- und Energieunion voran, unterstützen Innovation und neue Produktionstechnologien in der Industrie, nutzen Ressourcen und Energie effizient, setzen auf Kreislaufwirtschaft und eine Digitalisierung, die allen etwas bringt.“⁸⁴ *Die Grünen* wollen einen funktionsfähigen europäischen Emissionshandel, an ökologische Kriterien gekoppelte Landwirtschaftssubventionen sowie strenge ökologische und soziale Mindeststandards für auf den europäischen Markt gebrachte Produkte und Rohstoffe durchsetzen.⁸⁵ Diesen Green New Deal, der auch für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen werde, wollen *Die Grünen* über einen neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt finanzieren, der durch Mittel aus einem neu zu schaffenden europäischen Steuerpakt gespeist werden soll.⁸⁶ Darüber hinaus sollen mittels dieses Zukunftsfonds Mitgliedsstaaten in Notsituationen unterstützt und Wirtschaftskrisen bekämpft werden.⁸⁷

Die FDP plädiert für eine Energiewende in der EU, in deren Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen sollten. Dazu müssten die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden. Strom sollte dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die geringsten Kosten erlauben würden. Der EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur kosteneffizienten Vermeidung von Emissionen müsse gestärkt aus der bevorstehenden Reform hervorgehen und auf weitere Sektoren (zum Beispiel Wohnen und Verkehr) ausgedehnt werden.⁸⁸

Auf **steuer- und finanzpolitischem Gebiet** fordern die SPD, DIE LINKE und *Die Grünen* Schritte zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung (so die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und von Mindeststeuersätzen) und des Steuervollzugs in Europa und Instrumente, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen.⁸⁹ Sie setzen sich für eine wirksame Besteuerung der Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionsteuer ein⁹⁰ – ein Vorhaben, das die FDP explizit ablehnt.⁹¹ Die SPD will durchsetzen, dass Unternehmen dort ihre Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften,⁹² und *Die Grünen* kämpfen dafür, „dass multinationale Unternehmen ihre Steuern hier zahlen und die Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen“⁹³.

Die SPD will insbesondere dort, wo mit dem Euro eine gemeinsame Währung existiert, ein gemeinsames Finanzbudget schaffen, das Investitionsimpulse ermöglichen und zugleich stabilisierend als Ausgleichsmechanismus bei Krisen wirken soll. Zu dessen Finanzierung müsse eine wirksame Besteuerung der Finanzmärkte beitragen. Die SPD will die wachstumsschwachen und hoch verschuldeten EU-Länder unterstützen und gemeinsam mit ihnen an ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung arbeiten, damit ein sich selbst tragender wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung einsetzen kann. Die Partei möchte den Europäischen Stabilitätsmechanismus ins Gemeinschaftsrecht überführen und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln. Sie will die Integrität des gemeinsamen Währungsraums erhalten, kein Mitglied der Eurozone solle zum Ausstieg gedrängt werden.⁹⁴ Die SPD unterstützt das Ziel, einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen.⁹⁵ Sie will den europäischen Emissionshandel so weiterentwickeln, dass er seine Funktion als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann.⁹⁶

DIE LINKE will den Unterbietungswettbewerb – welches Land bietet dem Kapital die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen – unterbinden. Sie kämpft für Mindeststandards und eine abgestimmte Besteuerung der Superreichen in Europa. Lohndumping müsse in der EU gestoppt, Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssten in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.⁹⁷ Nicht zuletzt möchte die Partei die organisierte Finanzkriminalität stoppen, Steueroasen austrocknen und die europäische Anti-

Korruptionsbehörde OLAF ausbauen und stärken.⁹⁸ DIE LINKE fordert, dass es keine Bankenrettung auf Kosten der Gesellschaft geben dürfe. Die Eigentümer und Gläubiger müssten für die Banken haften. Die Einlagen von Kleinsparer*innen müssten öffentlich abgesichert werden, und Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürften nicht für Mega-Banken haften. Darüber hinaus plädiert die Partei für die Schaffung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur.⁹⁹

Auf **sozialpolitischem Gebiet** wollen die SPD, DIE LINKE und *Die Grünen* eine soziale Fortschrittsklausel bzw. ein soziales Fortschrittsprotokoll im europäischen Primärrecht verankern. Während jedoch die SPD festschreiben will, dass soziale Rechte *gleichrangig* gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes sind,¹⁰⁰ fordert DIE LINKE, dass soziale Grundrechte und die Tarifautonomie *Vorrang* vor der Binnenmarktfreiheit haben müssten.¹⁰¹ Die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE fordern, dass in der EU das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt werden müsse, um Lohndumping zu unterbinden.¹⁰²

Die SPD strebt eine europäische Sozialunion an, die soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet. Auch auf europäischer Ebene will sie den Grundsatz verankern, dass es in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wirksame soziale Grundsicherungssysteme geben müsse. Übergeordnetes Ziel der SPD sei die Stärkung der sozialen Grundrechte.¹⁰³ Die Partei will Mitbestimmungsrechte in ganz Europa stärken und Schlupflöcher zur Vermeidung von Mitbestimmung schließen.¹⁰⁴

DIE LINKE will die unsoziale Kürzungspolitik beenden.¹⁰⁵ Sozialstaatlichkeit müsse in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden. DIE LINKE streitet für einen europäischen Mindestlohn, der bei 60 % des nationalen Durchschnittslohns liegen müsse.¹⁰⁶ Mitbestimmungsrechte und Rechte von Gewerkschaften und Beschäftigten müssten wiederhergestellt und ausgebaut werden. EU-Programme – wie der Kohäsionsfonds, der Sozialfonds, der Fonds für ländliche Entwicklung, der Fischereifonds und der Fonds für regionale Entwicklung – müssten deutlich gestärkt werden. DIE LINKE will soziale Sicherheit mit verbindlicher sozialer Mindestsicherung und verbindlichen sozialen Mindeststandards nach der Günstigkeitsklausel.¹⁰⁷ Sie plädiert darüber hinaus für die Schaffung eines EU-Rahmens zum Thema Crowdworking, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.¹⁰⁸

Die Grünen schreiben: „Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer, solidarischer, ökologischer und demokratischer machen.“¹⁰⁹ Sie setzen sich für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes ein. Es sei ihnen wichtig, die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen sozial besser abzusichern, damit sie nicht durch ein Raster national fragmentierter Sozialsysteme fallen. Die Öko-Partei möchte die wirtschaftspolitische Steuerung über das Europäische Semester stärken. Sie will, wie von der EU-Kommission empfohlen und von den Gewerkschaften gefordert, eine Lohnentwicklung erreichen, die langfristig ein größeres außenwirtschaftliches Gleichgewicht ermöglicht. Sie möchte keinen unfairen Wettbewerb der europäischen Staaten, der dazu führen könnte, Löhne zu drücken.¹¹⁰ Die europäische Jugendgarantie, nach der in der EU jeder junge Mensch spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten soll, will sie stärken.¹¹¹ Nicht zuletzt versprechen *Die Grünen*, sich für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung einzusetzen.¹¹²

Gerade die Idee der Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung stößt bei der CSU und bei der FDP auf vehementen Widerstand.¹¹³ Nach Meinung der FDP müsse jeder Mitgliedsstaat nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial Schwacher selbst verantwortlich bleiben. Von daher seien die Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer sozialen Säule Europas nicht zielführend. Die Partei spricht sich hier nachdrücklich gegen eine Einflussnahme der Europäischen Union im Rahmen verpflichtender Rechtsakte aus.¹¹⁴

Auf **außen- und sicherheitspolitischem Gebiet** positionieren sich nur die FDP und *Die Grünen*. Während die FDP eine „echte“ Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa anstrebt, setzen sich *Die Grünen* für eine „stärkere Europäisierung“ der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik ein. Die FDP stehe zum Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sollte zur „EU-Außenministerin“ aufgewertet werden.¹¹⁵ Die FDP will Europol zu einer EU-Bundespolizei ausbauen und einen EU-Nachrichtendienst gründen, welche beide dem EU-Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sein sollen.¹¹⁶

Die Grünen sind der Auffassung, dass kein europäisches Land allein in der Lage sei, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.¹¹⁷ Dabei stehe auch bei der GASP für *Die Grünen* das Zivile im Vordergrund. Daher müssten die Mittel und das Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen bedarfsgerecht und damit deutlich erhöht werden. *Die Grünen* wenden sich gegen den fatalen Paradigmenwechsel, bislang zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für Militär oder zur

Abwehr von Flüchtlingen umzuverteilen sowie die Investitionsbank und das Instrument für Stabilität und Frieden zu militärischen Zwecken zu missbrauchen.¹¹⁸

Hinsichtlich einer **Erweiterung der EU** thematisieren die Unionsparteien, DIE LINKE, die FDP und die AfD nur das Verhältnis zur Türkei, während die SPD und *Die Grünen* auch die Länder des westlichen Balkans im Blick haben. Beide Parteien räumen den Staaten des westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive ein, machen aber den Beitritt jedes einzelnen Landes weiter konsequent von Fortschritten im Beitrittsprozess und von der Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien abhängig.¹¹⁹ Generell bleibe für die SPD die EU-Erweiterungspolitik wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Zugleich müsse jedoch die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen.¹²⁰

Eine **Mitgliedschaft der Türkei in der EU** steht für alle Parteien derzeit nicht auf der Tagesordnung, da die jüngsten Entwicklungen in der Türkei im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, insbesondere auf Meinungs- und Pressefreiheit, der europäischen Wertegemeinschaft grundlegend widersprechen. Es gibt allerdings wichtige Nuancen in den Positionen der Parteien. Während die SPD und *Die Grünen* dafür plädieren, die Beitrittsgespräche mit der Türkei fortzusetzen, um die demokratischen Kräfte in diesem Land zu stärken,¹²¹ will die FDP diese Gespräche in der bisherigen Form beenden¹²² und fordert die AfD das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen. Die AfD lehnt prinzipiell den Beitritt der Türkei zur EU ab, weil die Türkei kulturell nicht zu Europa gehöre. Die aktuellen politischen Entwicklungen würden zeigen, dass sich die Türkei noch weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt habe. Auch die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO sei zu beenden.¹²³

Die Unionsparteien möchten einerseits die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen und streben eine möglichst starke Kooperation zwischen EU und Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen an. Andererseits erklären sie: „Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht erfüllt.“¹²⁴ Das in der Vergangenheit immer wieder wiederholte Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“ anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU wird von den Unionsparteien nicht erneuert. Die FDP will die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen, denn eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei könne für die FDP kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der EU sein. Die Türkei sei und bleibe aber als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner. Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft die gegenseitigen Beziehungen von EU und Türkei entwickeln könnten, bleibe offen.¹²⁵ Für die SPD sei die Türkei in vielen Bereichen ein wichtiger, wenngleich mittlerweile sehr schwieriger Partner. Die Wahrheit sei: „Weder die Türkei noch die Europäische Union sind in absehbarer Zeit für einen Beitritt [...] bereit.“¹²⁶ Klar sei: Halte die türkische Regierung an ihrem konfrontativen Kurs fest, entferne sie die Türkei von Europa. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheide sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der EU. Dann müssten die Beitrittsverhandlungen beendet werden.¹²⁷ DIE LINKE wendet sich dagegen, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu intensivieren, und tritt für eine radikale Wende der deutschen und europäischen Türkeipolitik ein. DIE LINKE erklärt, an der Seite der Demokraten in der Türkei zu stehen, und fordert einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte und Lieferungen von Rüstungsfabriken in dieses Land.¹²⁸

Die Grünen plädieren nun – im Unterschied zu früheren Jahren – für „eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen“¹²⁹. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion könne es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollziehe. Das gelte auch für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen. *Die Grünen* fordern aber: „Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.“¹³⁰

4.2 Aussagen zur Frage eines Kern-Europa bzw. zu Kerneuropa-Konzepten und zu einem „Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten“

Die Unionsparteien, die SPD, DIE LINKE und die AfD äußern sich weder zur Frage eines Kern-Europa bzw. zu Kerneuropa-Konzepten noch zu Konzeptionen eines „Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“. Allerdings plädiert die CSU in ihrem „Bayernplan“ für mehr flexible Formen der Zusammenarbeit in der EU¹³¹, und die SPD vertritt die Auffassung, dass – ausgehend davon, dass innerhalb der EU unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft und die Arbeitsweise der Europäischen Union bestünden – die EU flexibler werden müsse. Gruppen von Mitgliedsstaaten sollten bei gemeinsamen Projekten vorangehen können.¹³²

Die FDP äußert sich zwar auch nicht zur Frage eines Kern-Europa bzw. zu Kerneuropa-Konzepten, möchte aber, dass die europäische Integration durch ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vereinfacht wird. Mitgliedsstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen

wollen, sollten die anderen nicht aufhalten. Wenn weitere Schritte der europäischen Integration nicht von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen werden, will die FDP mehr Gebrauch von den Möglichkeiten der „verstärkten Zusammenarbeit“ machen, um die Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranzutreiben. Damit weitere Staaten später stufenweise anschließen können, soll ihnen nach dem Willen der FDP ein Nachholen der vorangegangenen Integrationschritte ermöglicht werden.¹³³

Die Grünen lehnen Kerneuropa-Konzeptionen ab, halten aber ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ (wie es mit Blick auf den Schengen-Raum und die Euro-Zone bereits Realität ist) unter bestimmten Bedingungen für sinnvoll. Ihr Ziel bleibe eine EU, in der alle zusammenhalten und die sich einvernehmlich weiterentwickelt: „Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht der Standardmodus, muss aber möglich sein. Diese verstärkte Zusammenarbeit muss stets für alle EU-Staaten offen und im Rahmen der EU-Verträge organisiert sein. Die Rechte des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission sind dabei uneingeschränkt zu achten.“¹³⁴

4.3 Aussagen zu einer gemeinsamen Armee der EU

Nur die FDP strebt ausdrücklich den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle an.¹³⁵ Aber auch die SPD sieht in der im Lissabon-Vertrag vorgesehenen ständigen Zusammenarbeit einen wichtigen Schritt, der schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee ermögliche.¹³⁶ Sie wendet sich jedoch entschieden „gegen verantwortungslose Gedankenspiele“¹³⁷ über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht.

Die Unionsparteien und *Die Grünen* äußern sich nicht zur Frage einer gemeinsamen Armee der Europäischen Union. CDU und CSU unterstützen aber (wie die FDP und die SPD) den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsunion sowie für einen Europäischen Verteidigungsfonds¹³⁸, und auch *Die Grünen* halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen.¹³⁹

Dagegen lehnen DIE LINKE und die AfD die Schaffung einer EU-Armee ab – allerdings mit völlig unterschiedlichen Begründungen: DIE LINKE, die sich auch gegen Pläne für eine europäische Verteidigungsunion wendet, will generell die Militarisierung der EU beenden, denn Sicherheit gebe es nur mit konsequenter Friedenspolitik und mit der Förderung globaler Gerechtigkeit.¹⁴⁰ Die AfD setzt auch in dieser Frage auf die nationale Karte und erklärt, die Landesverteidigung sei durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten.¹⁴¹

Die SPD sieht ähnlich wie die FDP und *Die Grünen* die große Chance, durch mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben bzw. bei Rüstungsentwicklung und -beschaffung effizienter, leistungsfähiger und kostengünstiger zu werden. *Die Grünen* halten eine Erhöhung der Militärausgaben für nicht sinnvoll und lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.¹⁴² SPD und *Grüne* treten darüber hinaus für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein.¹⁴³ DIE LINKE ist hier radikaler und fordert ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten.¹⁴⁴

4.4 Aussagen zum Konflikt zwischen der EU und Russland

Im Konflikt zwischen der EU und Russland setzen alle Parteien auf Dialog und sind sich einig, dass eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine nur eine politische und diplomatische sein könne (Fortsetzung des Minsk-Prozesses). Die CSU, die SPD und DIE LINKE sind explizit davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland möglich seien.¹⁴⁵ Mit unterschiedlichen Begriffen plädieren die SPD, DIE LINKE, *Die Grünen* und die AfD für eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands (SPD: „inklusive Sicherheitsarchitektur“¹⁴⁶, DIE LINKE: „kollektives Sicherheitssystem“¹⁴⁷, *Die Grünen*: „gesamteuropäisches Systems kooperativer Sicherheit“¹⁴⁸, AfD: „sicherheitspolitische Gesamtstruktur“¹⁴⁹). Während die FDP und *Die Grünen* die Sanktionen gegen Russland solange aufrechterhalten wollen, wie Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt,¹⁵⁰ warnt die CSU, die Russland-Sanktionen dürften nicht zum Dauerzustand werden.¹⁵¹ Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein und will die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland vertiefen.¹⁵² In einer Art Mittelposition plädiert die SPD für Deeskalation und eine differenzierte Anwendung von Sanktionsmechanismen.¹⁵³ Laut CSU komme Deutschland eine besondere Rolle als Brückenbauer zu Russland zu. Viele Konflikte in der Welt, auch in Syrien, könnten nur mit und nicht gegen Russland gelöst werden. Die CSU setzt sich für einen Fahrplan zur Rückführung der Russland-Sanktionen ein und unterstützt einen flexiblen Abbau der Sanktionen bei schrittweiser Umsetzung des Minsker Abkommens.¹⁵⁴ Die FDP fordert die russische Regie-

rung auf, die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beenden. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssten die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Im Gegenzug könnten Sanktionen bei einem substanziellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden. Mittelfristig müsse das Ziel sein, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen wieder zu einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland zu kommen.¹⁵⁵

DIE LINKE konstatiert: „Truppenbewegungen von EU und NATO an den Grenzen zu Russland gefährden den Frieden.“¹⁵⁶ Und: „Zwischen der EU und Russland bestimmen Sanktionen und Gegensanktionen das Bild. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten. Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.“¹⁵⁷

4.5 Aussagen zur EU-Flüchtlingspolitik

Alle Parteien wollen die Fluchtursachen bekämpfen. So erklären die Unionsparteien: „Wir bekämpfen Fluchtursachen und tragen durch Entwicklungspolitik und zivile Krisenprävention dazu bei, dass Menschen in ihrer Heimat Zukunfts- und Bleibeperspektiven haben.“¹⁵⁸ DIE LINKE will Fluchtursachen insbesondere durch die Verhinderung von Kriegen, durch die Unterstützung friedlicher Konfliktlösungen, durch ein Verbot von Waffenexporten, durch eine gerechte Entwicklungshilfe und durch fairen globalen Handel bekämpfen.¹⁵⁹ Aber nur die SPD, DIE LINKE und *Die Grünen* streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa, denn dies würde Leben retten und das Geschäft der Schlepper unterbinden. Während aber SPD und *Grüne* verstärkt über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen wollen,¹⁶⁰ heißt es im Wahlprogramm der LINKEN: „DIE LINKE steht für offene Grenzen für alle Menschen in einem solidarischen Europa, das sich nicht abschottet.“¹⁶¹

Nach Auffassung der Unionsparteien, der SPD, der Partei DIE LINKE, der *Grünen* und der FDP habe die EU eine gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge, die verfolgt oder in großer Not seien und somit einen Schutzanspruch hätten. Hier müssten alle europäischen Staaten ihrer Verantwortung nachkommen. Die SPD und DIE LINKE wollen für Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, einen Ausgleich schaffen – entweder vor allem finanziell durch eine „Fluchtumlage“¹⁶² oder durch finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt.¹⁶³ Nach den Vorstellungen der FDP müssten Flüchtlinge mit Bleibeperspektive nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten seien Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssten auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern würden, sollten in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds sollte wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.¹⁶⁴

Während die CSU eine **Obergrenze** von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr für Deutschland fordert¹⁶⁵, erklären *Die Grünen* und DIE LINKE ausdrücklich, dass es mit ihnen keine Obergrenze geben werde.¹⁶⁶ Ebenso wie *Die Grünen* stehen auch DIE LINKE und die SPD für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und Menschenrechts auf Asyl und für die Gewährleistungen der Genfer Flüchtlingskonvention.¹⁶⁷ Dagegen geht es den Unionsparteien in erster Linie darum, „dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt“¹⁶⁸. Von daher verlangt die CDU/CSU, Europa müsse Abkommen nach dem Vorbild des **EU-Türkei-Abkommens** auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika schließen.¹⁶⁹ Gegen derartige Abkommen wenden sich wiederum DIE LINKE und *Die Grünen*. Nach Auffassung der Partei DIE LINKE dürfe die Verantwortung, die Flüchtlinge zu schützen, nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU übertragen werden. Der EU-Türkei-Deal müsse aufgekündigt werden. Pläne, in Nordafrika Auffanglager zu schaffen, lehnt DIE LINKE ab.¹⁷⁰ Auch *Die Grünen* fordern, dass die falsche Politik des EU-Türkei-Deals keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein dürfe.¹⁷¹ Sie wollen nicht zulassen, „dass sich die EU ihrer Probleme entledigt, indem sie Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt“¹⁷².

Ambivalent sind in diesem Zusammenhang Forderungen der CSU, der FDP und der SPD nach einer Stärkung der **EU-Grenzschutzagentur Frontex**.¹⁷³ Zum einen entspricht dies dem berechtigten Interesse der EU-Mitgliedsstaaten nach einem effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen. Zum anderen werden dadurch die Eintrittshürden für Flüchtlinge in die EU höher. Nur den zweiten Aspekt im Blick fordert DIE LINKE daher, Frontex müsse abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden.¹⁷⁴ Obwohl die SPD einerseits die Außengrenzen der EU besser vor illegalen Grenzübertritten schützen und Frontex stärken will, möchte sie andererseits dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzt sie sich für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden.¹⁷⁵

Die FDP möchte die Flüchtlingsfrage in enger Kooperation mit europäischen Nachbarregionen lösen und stellt das Problem damit in einen größeren Rahmen. Wenn Staaten eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen würden, wie etwa der Libanon oder Jordanien, will die FDP sie neben stark erhöhten finanziellen Beiträgen für Einrichtung und Betrieb des Schul- wie auch Gesundheitswesens bei der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Dort sollten Investitionen aus der EU vereinfacht und Handelshemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden. Außerdem will die FDP mehr Anreize für reguläre Migration aus den betroffenen Regionen schaffen. Deutschland und die EU müssten die Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvisa erhöhen.¹⁷⁶

Die AfD will das Grundrecht auf Asyl komplett aushebeln. Sie behauptet einen „massenhaften Missbrauch des Asylgrundrechts“¹⁷⁷. Daher möchte sie das Grundgesetz ändern und die angeblich „veraltete“ Genfer Flüchtlingskonvention und andere supra- und internationale Abkommen neu verhandeln – „mit dem Ziel ihrer Anpassung an die Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme der globalisierten Gegenwart und Zukunft“¹⁷⁸. Durch eine ausreichende Erhöhung der Mittel der UNHCR für Flüchtlingszentren in heimat- und kulturnahen Regionen solle bereits geflohenen Menschen eine sichere Aufnahmemöglichkeit geboten werden. Die AfD fordert: „Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die Bundeswehr müssen ihre Schlepper-Hilfsdienste auf dem Mittelmeer beenden und alle Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen, anstatt die Passagiere nach Europa zu befördern. Wo das rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist, sind sie nach dem australischen Vorbild ausnahmslos in außereuropäische Aufnahmezentren zu überführen.“¹⁷⁹

4.6 Aussagen zu Partnerschaftsabkommen der EU

Freihandels- und Partnerschaftsabkommen der EU wie die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit den USA, das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), das Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) oder das Trade in Services Agreement (TiSA) sowie Economic Partnership Agreements (EPAs) mit afrikanischen Staaten sind zwischen den Parteien äußerst umstritten. Während FDP, CDU/CSU und SPD derartige Abkommen prinzipiell befürworten, werden sie von der LINKEN, den *Grünen* und der AfD abgelehnt.

Insbesondere die FDP sieht in Freihandelsabkommen eine Chance für die Öffnung des Weltmarktes und die internationale Zusammenarbeit. Ihrer Auffassung nach könnten Freihandelsabkommen den rechtlichen Rahmen festlegen, um die hierzulande hohen Nachhaltigkeitsstandards und den hohen Verbraucher- und Arbeitsschutz zur Grundlage des Handels zu machen.¹⁸⁰ Die SPD lobt ausdrücklich das CETA-Abkommen, weil es hier gelungen sei, zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte seien damit ausgeschlossen. Dies müsse auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten.¹⁸¹

DIE LINKE und *Die Grünen* lehnen die vom Geist des Neoliberalismus geprägten Freihandels- und Konzernschutz-Abkommen ab, weil sie demokratiefeindlich seien und die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder einschränkten. Sie befürchten durch diese Abkommen die Aushöhlung von Verbraucherschutz, Klimaschutz und Umweltstandards, Gefahren für die öffentliche Daseinsvorsorge und nicht zuletzt Verschlechterungen der Rechte der Beschäftigten. *Die Grünen* wenden sich entschieden gegen ein Investitionsgerichtssystem (ICS) oder sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren, die Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne vorsehen. Sie wollen TTIP, TiSA und CETA stoppen und auf Grundlage sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien neu verhandeln.¹⁸²

Auch die AfD lehnt CETA, TiSA und TTIP ab und will die Anmaßung supranationaler Gerichte beenden. Die Interessen der Bürger Deutschlands im Gesundheits- und Verbraucherschutz, im Tier- oder Naturschutz müssten durch hohe Schutzstandards in einer globalisierten Welt vertreten werden. Die AfD plädiert für multilaterale Handelsabkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO).¹⁸³

5 AUSSAGEN ZUR FINALITÄT DER EU

Hinsichtlich der Finalität der Europäischen Union positionieren sich lediglich FDP und AfD – allerdings auf gegensätzlichen Polen: Während die FDP davon überzeugt ist, dass der europäische Einigungsprozess hin zu einer dezentral und *bundesstaatlich* verfassten Europäischen Union fortgesetzt werden müsse, will die AfD die EU in einen „*Staatenbund* souveräner Staaten“ „zurückführen“, d.h. „zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definie-

ren“.¹⁸⁴ Die FDP sieht in dem von ihr vorgeschlagenen Weg das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder zur Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits.¹⁸⁵ Die AfD behauptet: „Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem jetzigen Zustand und auch nicht in ihrer weiteren Zentralisierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten.“¹⁸⁶ Sie behält sich vor, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.¹⁸⁷

CDU/CSU, SPD, LINKE und GRÜNE äußern sich in ihren Programmen zur Frage der Finalität der EU nicht. DIE LINKE erklärt nur allgemein, für ein friedliches, solidarisches und demokratisches Europa zu streiten.¹⁸⁸ Auf ihrem Wahlprogramm-Parteitag wurde ein Antrag ostdeutscher Landesverbände und Reformer abgelehnt. Dieser forderte, DIE LINKE solle sich zu einer Republik Europa bekennen, mit gleichen sozialen Standards und einer einheitlichen Rechtsprechung.¹⁸⁹ *Die Grünen* wollen die EU „weiterentwickeln“, vermeiden es aber wie bereits in ihrem Programm zur Europawahl 2014¹⁹⁰, sich zur Finalität der Europäischen Union zu positionieren. Ein Antrag, langfristig „die europäische Einigung mit der Gründung der Republik Europa zu ihrem Ziel zu führen und die Ära der heutigen Nationalstaaten in Europa zu beenden“¹⁹¹, fand auf dem Wahlprogramm-Parteitag im Juni 2017 keine Mehrheit. Die Antragsteller plädierten in ihrem Papier für eine föderale Republik mit einer europäischen Verfassung und einem Zwei-Kammer-System (einem einheitlich gewählten Europa-Parlament und einer Kammer der Regionen) und nicht nur für eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, sondern auch für ein gemeinschaftliches Steuer- und Sozialsystem.¹⁹²

* * *

Insgesamt haben die SPD, *Die Grünen*, DIE LINKE und die FDP in ihren Wahlprogrammen zahlreiche Ideen zur weiteren Ausgestaltung der EU entwickelt. Dabei zeigen sich vielfältige Schnittmengen zwischen der SPD, den *Grünen* und der Partei DIE LINKE insbesondere auf dem Feld der Demokratie-Entwicklung und auf steuerpolitischem, auf finanzpolitischem und nicht zuletzt auf sozialpolitischem Gebiet, während die FDP im Interesse ihrer neoliberalen Standortpolitik die Sozialpolitik in nationaler Hoheit halten will. Die Unionsparteien lassen dagegen ambitionierte europapolitische Visionen vermissen und setzen auf ein schieres „Weiter so“. Die AfD möchte sogar die europäische Integrationsuhr zurückdrehen und orientiert sich an der EWG der 1970er Jahre. Zukunftsfähigkeit sieht anders aus.

Jochen Weichold

Quellen: Für den vorstehenden Vergleich wurden folgende Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 ausgewertet:

- CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017 – 2021, [Berlin 2017]. URL: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1> (abgerufen am 22.07.2017).
- CSU: Der Bayernplan. Klar für unser Land. Programm der CSU zur Bundestagswahl 2017. Beschluss des CSU-Parteivorstands am 17. Juli 2017 in München, [München 2017]. URL: http://www.csu.de/common/download/Beschluss_Bayernplan.pdf (abgerufen am 22.07.2017).
- [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021. URL: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit_Unser_Regierungsprogramm.pdf (abgerufen am 22.07.2017).
- DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, Berlin [2017].
- Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017, Hrsg.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2017.
- FDP: Denken wir neu. Das Programm zur Bundestagswahl 2017 der Freien Demokraten. „Schauen wir nicht länger zu.“, Berlin [2017]. URL: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/10/2017-schauen-wir-nicht-langer-zu-fdp-wp.pdf> (abgerufen am 24.07.2017).
- Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Berlin [2017]. URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (abgerufen am 25.07.2017).

-
- ¹ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken. Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021, S. 4. URL: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit_Unser_Regierungsprogramm.pdf (abgerufen am 22.07.2017); FDP: Denken wir neu. Das Programm zur Bundestagswahl 2017 der Freien Demokraten. „Schauen wir nicht länger zu.“, Berlin [2017], S. 60. URL: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/10/2017-schauen-wir-nicht-langer-zu-fdp-wp.pdf> (abgerufen am 24.07.2017); Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017, Hrsg.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2017, S. 67 und 234.
- ² CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017 – 2021, [Berlin 2017], S. 55. URL: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1> (abgerufen am 22.07.2017).
- ³ Vgl. ebenda, S. 56.
- ⁴ [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 4.
- ⁵ Ebenda, S. 74.
- ⁶ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 234.
- ⁷ Vgl. ebenda.
- ⁸ Ebenda, S. 11.
- ⁹ Ebenda.
- ¹⁰ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, Berlin [2017], S. 101 und 105.
- ¹¹ Vgl. ebenda, S. 102.
- ¹² Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Berlin [2017], S. 7. URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (abgerufen am 25.07.2017).
- ¹³ Vgl. ebenda, S. 8, 14 und 16.
- ¹⁴ CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 57.
- ¹⁵ FDP: Denken wir neu, S. 77.
- ¹⁶ Vgl. ebenda, S. 69.
- ¹⁷ Ebenda, S. 71.
- ¹⁸ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 76.
- ¹⁹ Vgl. ebenda, S. 74.
- ²⁰ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 71.
- ²¹ Vgl. ebenda, S. 8.
- ²² Ebenda, S. 71.
- ²³ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 101/102.
- ²⁴ Ebenda, S. 102.
- ²⁵ Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 14.
- ²⁶ Vgl. ebenda.
- ²⁷ CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 58.
- ²⁸ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 102.
- ²⁹ Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 7/8.
- ³⁰ CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 58.
- ³¹ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 78; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 69/70.
- ³² Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 69/70.
- ³³ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 56.
- ³⁴ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 70.

-
- ³⁵ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 103.
- ³⁶ Vgl. CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 57.
- ³⁷ Ebenda.
- ³⁸ Vgl. CSU: Der Bayernplan. Klar für unser Land. Programm der CSU zur Bundestagswahl 2017. Beschluss des CSU-Parteivorstands am 17. Juli 2017 in München, [München 2017], S. 27. URL: http://www.csu.de/common/download/Beschluss_Bayernplan.pdf (abgerufen am 22.07.2017).
- ³⁹ Ebenda, S. 28.
- ⁴⁰ Ebenda.
- ⁴¹ Vgl. ebenda.
- ⁴² Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 74/75.
- ⁴³ Ebenda, S. 74.
- ⁴⁴ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 102.
- ⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 12.
- ⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 103.
- ⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 102.
- ⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 103.
- ⁴⁹ Vgl. ebenda.
- ⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 104.
- ⁵¹ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 72 und 234.
- ⁵² Vgl. ebenda, S. 69.
- ⁵³ Ebenda, S. 71.
- ⁵⁴ Ebenda, S. 72.
- ⁵⁵ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 69.
- ⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 69/70.
- ⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 71.
- ⁵⁸ Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 15.
- ⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 20.
- ⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 7.
- ⁶¹ Vgl. CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 58/59.
- ⁶² Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 79.
- ⁶³ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 105.
- ⁶⁴ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 60.
- ⁶⁵ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 78; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 74; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 105.
- ⁶⁶ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 78; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 74; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 105.
- ⁶⁷ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 79; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 73; FDP: Denken wir neu, S. 60.
- ⁶⁸ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 8; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 119; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 149.
- ⁶⁹ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 78/79.
- ⁷⁰ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 105 und 119.
- ⁷¹ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 74.
- ⁷² Vgl. ebenda, S. 73/74.
- ⁷³ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 60/61.
- ⁷⁴ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 76.
- ⁷⁵ DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 105.
- ⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 104.
- ⁷⁷ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 72.
- ⁷⁸ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 19 und 77.

-
- ⁷⁹ [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 76.
- ⁸⁰ Vgl. ebenda.
- ⁸¹ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 104.
- ⁸² Ebenda, S. 103.
- ⁸³ Vgl. ebenda, S. 105.
- ⁸⁴ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 72.
- ⁸⁵ Vgl. ebenda.
- ⁸⁶ Vgl. ebenda.
- ⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 77.
- ⁸⁸ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 77.
- ⁸⁹ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 76; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 77; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 72/73.
- ⁹⁰ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 26/27; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 38; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 81.
- ⁹¹ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 67.
- ⁹² Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 41 und 76.
- ⁹³ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 10.
- ⁹⁴ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 76.
- ⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 26.
- ⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 49.
- ⁹⁷ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 104.
- ⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 77, 104 und 111.
- ⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 104.
- ¹⁰⁰ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 75.
- ¹⁰¹ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 106.
- ¹⁰² Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 75; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 106; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 73.
- ¹⁰³ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 75.
- ¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 17.
- ¹⁰⁵ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 12.
- ¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 104.
- ¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 106.
- ¹⁰⁸ Vgl. ebenda, S. 16.
- ¹⁰⁹ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 69.
- ¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 73.
- ¹¹¹ Vgl. ebenda, S. 77.
- ¹¹² Vgl. ebenda, S. 73.
- ¹¹³ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 28; FDP: Denken wir neu, S. 61.
- ¹¹⁴ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 61.
- ¹¹⁵ Vgl. ebenda, S. 62.
- ¹¹⁶ Vgl. ebenda, S. 64.
- ¹¹⁷ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 75.
- ¹¹⁸ Vgl. ebenda.
- ¹¹⁹ Vgl. ebenda, S. 76; [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 77.
- ¹²⁰ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 77.
- ¹²¹ Vgl. ebenda, S. 78; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 76/77.
- ¹²² Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 56.
- ¹²³ Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 19 und 29.
- ¹²⁴ CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 58.
- ¹²⁵ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 56.

-
- ¹²⁶ [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 78.
- ¹²⁷ Vgl. ebenda.
- ¹²⁸ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 100.
- ¹²⁹ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 76.
- ¹³⁰ Ebenda, S. 76/77.
- ¹³¹ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 27.
- ¹³² Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 78.
- ¹³³ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 61.
- ¹³⁴ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 71.
- ¹³⁵ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 62.
- ¹³⁶ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 77.
- ¹³⁷ Ebenda, S. 81.
- ¹³⁸ Vgl. CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 56.
- ¹³⁹ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 76.
- ¹⁴⁰ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 107.
- ¹⁴¹ Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 18.
- ¹⁴² Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 76.
- ¹⁴³ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 82; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 76.
- ¹⁴⁴ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 107.
- ¹⁴⁵ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 29; [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 84; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 100.
- ¹⁴⁶ [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 84.
- ¹⁴⁷ DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 100/101.
- ¹⁴⁸ Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 75.
- ¹⁴⁹ Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 19.
- ¹⁵⁰ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 55; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 75.
- ¹⁵¹ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 29.
- ¹⁵² Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 19.
- ¹⁵³ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 84.
- ¹⁵⁴ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 29.
- ¹⁵⁵ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 54/55.
- ¹⁵⁶ DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 8.
- ¹⁵⁷ Ebenda, S. 100.
- ¹⁵⁸ CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 6/7.
- ¹⁵⁹ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 12, 65 und 97/98.
- ¹⁶⁰ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 59; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 100 und 103.
- ¹⁶¹ DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 65.
- ¹⁶² Ebenda, S. 108.
- ¹⁶³ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 58.
- ¹⁶⁴ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 60.
- ¹⁶⁵ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 16.
- ¹⁶⁶ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 105; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 65.
- ¹⁶⁷ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 102 und 105; [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 58 und 59; DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 12 und 65.
- ¹⁶⁸ CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, S. 63.
- ¹⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 56.
- ¹⁷⁰ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 107.
- ¹⁷¹ Vgl. Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 104.
- ¹⁷² Ebenda, S. 99.

-
- ¹⁷³ Vgl. CSU: Der Bayernplan, S. 28.
- ¹⁷⁴ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 107.
- ¹⁷⁵ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 58.
- ¹⁷⁶ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 59.
- ¹⁷⁷ Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 30.
- ¹⁷⁸ Ebenda.
- ¹⁷⁹ Ebenda.
- ¹⁸⁰ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 57.
- ¹⁸¹ Vgl. [SPD]: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, S. 86.
- ¹⁸² Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 12, 80, 98 und 105; Zukunft wird aus Mut gemacht, S. 90 und 93/94.
- ¹⁸³ Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 20/21.
- ¹⁸⁴ Ebenda, S. 7.
- ¹⁸⁵ Vgl. FDP: Denken wir neu, S. 61.
- ¹⁸⁶ Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 18.
- ¹⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 8.
- ¹⁸⁸ Vgl. DIE LINKE: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, S. 8.
- ¹⁸⁹ Vgl. Anna Lehmann und Stefan Reinecke: Linkspartei will regieren, vielleicht. In: taz – die tageszeitung, Berlin, 12.06.2017, S. 2. – Zuvor hatte der Landesverband Sachsen der Partei DIE LINKE auf seinem Landesparteitag für die „Idee einer Republik Europa“ als Alternative zu einem Europa der Nationalstaaten geworben und angekündigt, diese Vision im Wahlprogramm der Bundespartei verankern zu wollen. Vgl. Hendrik Lasch: Kein „einfacher Frieden“. In: Neues Deutschland, Berlin, 02.05.2017, S. 6.
- ¹⁹⁰ Vgl. Cornelia Hildebrandt, Jochen Weichold: Europawahl 2014. Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (Reihe PAPERS, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Berlin 2014, S. 8.
- ¹⁹¹ Antrag WB-EZ-01-029-3. 41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz [von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], 16.-18. Juni 2017, Berlin, S. 1.
- ¹⁹² Vgl. ebenda. – Die Antragsteller bezogen sich in der Begründung ihres Anliegens ausdrücklich auf das Buch der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot „Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie“ (Bonn 2016).